

Bericht und Abänderungsantrag

des Sozialausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 80) betreffend die Kostenübernahme der Schutzmaßnahmen für Heimhilfen und Vollversorgung mit Schutzmasken (Zahl 22 - 54) (Beilage 114).

Der Sozialausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Kostenübernahme der Schutzmaßnahmen für Heimhilfen und Vollversorgung mit Schutzmasken, in ihrer 01. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Mai 2020, beraten.

Landtagsabgeordneter Johannes Mezgolits wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Johannes Mezgolits den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Claudia Schlager stellte diese einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Claudia Schlager gestellte Abänderungsantrag mehrheitlich (SPÖ gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

Der Sozialausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Kostenübernahme der Schutzmaßnahmen für Heimhilfen und Vollversorgung mit Schutzmasken, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Claudia Schlager beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 20. Mai 2020

Der Berichterstatter:
Johannes Mezgolits eh.

Der Obmann des Sozialausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Mag. Dr. Roland Fürst eh.

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 20. Mai 2020

Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Roland Fürst, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag Zahl 22 - 54, welcher abgeändert wird wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Sicherstellung der Schutzausrüstung für die „Hauskrankenpflege“

Seit 2015 bietet das Burgenland als einziges Bundesland eine sogenannte Mehrstundenbetreuung durch mobile Pflege- und Betreuungsdienste an. Diese soll ein Lückenschluss zur stationären Pflege sein. Es werden hier Heimhilfen für ununterbrochen vier bis acht Stunden eingesetzt. Dadurch wurde eine Alternative zur 24- Stunden Rund-um-die-Uhr Betreuung geschaffen, die für KlientInnen aus persönlichen, gesundheitlichen, finanziellen und räumlichen Gründen nicht beansprucht werden kann oder beansprucht werden möchte.

Viele pflegebedürftige Personen wollen in der gewohnten Umgebung, in ihrem Zuhause mit der notwendigen Pflege versorgt werden. Besonders in Krisenzeiten haben die in der Hauskrankenpflege tätigen Personen mit enormen Herausforderungen zu kämpfen. Zu den bereits hohen Qualitätsstandards in der Pflege kommen durch die Corona-Krise noch weitere Vorgaben zum Schutz vor Covid-19 dazu. Diese Vorgaben manifestieren sich insbesondere im Tragen von Schutzausrüstung (Masken, Handschuhe) aber auch durch die erhöhten Hygienestandards (häufiges Desinfizieren). Für die Zurverfügungstellung von Schutzausrüstungen sind, wie in allen anderen Berufen auch, grundsätzlich die Arbeitgeber zuständig (Krankenhäuser, Träger etc).

Das Land hat, da in der Krise die Beschaffung für Einzelne fast unmöglich war, den Bedarf im Burgenland erhoben. In weiterer Folge wurde der Bedarf an den Bund weitergemeldet, da der Bund alle Ländermeldungen gesammelt hat, um Großbestellungen zu veranlassen. Es anfangs jedoch schwer möglich Schutzausrüstungen zu beschaffen. In weiterer Folge wurde die Schutzausrüstung nach Vorhandensein an die Träger angeboten und auch ausgeteilt.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge in Absprache mit den Ländern eine österreichweite einheitliche Lösung für die Zurverfügungstellung von Schutzausrüstung erarbeiten und umsetzen.